Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 25. April 2013
Ausgabe 079
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **3**
› Radl-Sicherheitscheck bei „TruRieRad“ und am Mangfallplatz 3
› Sprechstunden und Beratungen des Seniorenbeirats 4
› Was tun, wenn der Nachbar lärmt? Infoabend klärt auf 4
Antworten auf Stadtratsanfragen **6**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Donnerstag, 25. April, 20 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Auf dem Abendempfang anlässlich der Nachhaltigkeitskonferenz 2013 – Sustainable Building Conference – spricht Rosemarie Hingerl, berufsmäßige Stadträtin und Leiterin des Baureferates, Grußworte als Repräsentantin der Münchner Stadtverwaltung. Veranstalter der Konferenz ist die Technische Universität München.
Die Konferenz findet vom 24. bis 26. April im Audi Dome, Grasweg 74, 81373 München, statt. Der Abendempfang ist am 25. April im Saal des Alten Rathauses. Der Empfang beginnt um 20 Uhr.
Die Landeshauptstadt München beteiligt sich mit mehreren Fachvorträgen und Exkursionen am Programm der Konferenz. Die Federführung für die Beteiligung der Landeshauptstadt München an der Organisation lag beim Baureferat. Mitgewirkt haben das Referat für Stadtplanung und Bauordnung sowie die Stadtwerke München GmbH.

Wiederholung
Freitag, 26. April, 14 Uhr, Literaturhaus, Saal, Salvatorplatz 1
Zur Tagung der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft in München (26. bis 28. April) spricht Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers Grußworte.
Die „Shakespeare-Tage" finden in Kooperation mit dem Kulturreferat und dem Literaturhaus München zum ersten Mal in München statt. Thema der Jahrestagung ist „Geld und Macht: Shakespeares Bilanzen". Die Gesellschaft wurde 1864 als wissenschaftlich-kulturelle Vereinigung zur „Pflege und Förderung Shakespeares im deutschen Sprachgebiet" in Weimar gegründet. Sie zählt derzeit rund 2.000 Mitglieder. An der Tagung können auch Nicht-Mitglieder teilnehmen. Die Gebühr beträgt 30 Euro. Informationen unter: *www.shakespeare-gesellschaft.de*.
Achtung Redaktionen: Pressegespräch am Freitag, 26. April, um 13.15 Uhr im OskarMaria (Brasserie des Literaturhauses), Salvatorplatz 1, mit dem Präsidenten der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft, Professor Dr. Tobias Döring (Ludwigs-Maximilians-Universität München), und dem Vize-Präsidenten, Professor Dr. Roland Weidle (Ruhr-Universität Bochum). Anmeldung erbeten unter: office@shakespeare-Gesellschaft.de. Die Festveranstaltung mit der Verleihung des Martin Lehnert-Preises findet am Sonntag, 28. April, um 13 Uhr im Saal des Alten Rathauses statt.

Achtung Redaktionen: Neue Uhrzeit!
Samstag, 27. April, 19 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal
Zum Empfang der Stadt anlässlich der Delegierten-Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY) spricht Oberbürgermeister Christian Ude Grußworte.

Montag, 29. April, 9.30 Uhr, Haus für Kinder, Dachauer Straße 61
Zur Eröffnung des Hauses für Kinder an der Dachauer Straße 61 spricht Stadträtin Birgit Volk (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte. Weitere Rednerinnen und Redner sind Norbert J. Huber, Geschäftsführer der Caritas Zentren München Stadt/Land, Andrea Dorfner-Gisdakis in Vertretung für Dr. Susanne Herrmann, Leiterin der Abteilung KITA im Referat für Bildung und Sport, sowie Wolfgang Obermair, Vorstand des Caritasverbands der Erzdiözese München und Freising e.V.
Die Kindertageseinrichtung an der Dachauer Straße 61 wurde von der Stadt erworben und eingerichtet und dem Caritasverband der Erzdiözese München und Freising in Betriebsträgerschaft übergeben. Sie umfasst insgesamt 111 Plätze für jeweils drei Kindergarten- und drei Kinderkrippengruppen.

Dienstag, 30. April, 10.30 Uhr,
Städtische Rudolf-Diesel-Realschule, Aula, Schulstraße 3
Festakt zum 50. Geburtstag der Städtischen Rudolf-Diesel-Realschule: Nach der Begrüßung durch den Schulleiter Karl Königsbauer sprechen Stadtrat Oliver Belik (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters und Stadtschulrat Rainer Schweppe.

Meldungen

Radl-Sicherheitscheck bei „TruRieRad“ und am Mangfallplatz
(25.4.2013) Wenn am Sonntag, 28. April, am Buga-See in Riem der Fahrradparcours „TruRieRad“ stattfindet, ist der Sicherheitscheck der Radlhauptstadt München mit vor Ort. In der Zeit von 11 bis 15 Uhr können Bürgerinnen und Bürger ihr Radl kostenlos auf dessen Verkehrstauglichkeit überprüfen lassen. An den beiden darauffolgenden Tagen, 29. und 30. April, macht der Radl-Sicherheitscheck von 12 bis 16 Uhr Halt am Mangfallplatz. Besonders für Vielfahrerinnen und Vielfahrer empfiehlt sich eine regelmäßige Überprüfung von Bremsen, Reifendruck und Kette. Wer darin keine

Übung hat, bekommt beim Münchner Radl-Sicherheitscheck Tipps für die Radinspektion. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sicherheitschecks wissen, worauf zu achten ist: Sie sind vom TÜV Süd geschult. An Fahrrädern, die kleine Mängel aufweisen, führen die Radl-Checker direkt vor Ort Reparaturen durch. Zum Service gehören unter anderem auch das Nachziehen der Bremsen oder das Einstellen von Dynamos. Wessen Radl größere Reparaturen benötigt, erfährt, wo er diese durchführen lassen kann.
Die nächsten Radl-Sicherheitschecks finden am 4. und 5. Mai im Rahmen des Kulturwochenendes Schwabing West im Petuelpark statt. Weitere Termine und zusätzliche Infos unter: *www.radlhauptstadt.de*

Sprechstunden und Beratungen des Seniorenbeirats
(25.4.2013) Der Seniorenbeirat der Landeshauptstadt München, Burgstraße 4, hält jeweils am Dienstag und Donnerstag von 9.30 bis 12 Uhr seine Sprechstunden ab. Jeden zweiten und vierten Montag im Monat werden außerdem von 9.30 bis 12 Uhr Rentenberatungen durchgeführt. Jeden dritten Montag im Monat findet ab 16.30 Uhr nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter 16 25 98 eine zusätzliche Rentenberatung statt.
Jeden ersten Dienstag im Monat wird nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter der Nummer 2 33-2 11 66 eine Rechtsberatung angeboten.
Die Termine für Mai mit den beratenden Seniorenbeirats-Mitgliedern:
- Donnerstag, 2. Mai, Ingrid Pfaue
- Dienstag, 7. Mai, Anwaltserstberatung
- Donnerstag, 9. Mai, keine Beratung (Feiertag)
- Montag, 13. Mai, Günther Mack (Rentenberatung)
- Dienstag, 14. Mai, Gerhard Krug
- Donnerstag, 16. Mai, Mechthilde Löffelmann
- Dienstag, 21. Mai, Maria Holzer-Drexler
- Donnerstag, 23. Mai, Edith Dendl
- Montag, 27. Mai, Günther Mack (Rentenberatung)
- Dienstag, 28. Mai, Norbert Stellmach
- Donnerstag, 30. Mai, keine Beratung (Feiertag)

Was tun, wenn der Nachbar lärmt? Infoabend klärt auf
(25.4.2013) Lärm kann in Nachbarschaften immer wieder zu Zwist führen. Wo der eine repariert oder die Musik genießt, ist der andere leidgeplagt. Was genau macht Geräusche zum störenden Lärm? Was können Mietparteien oder Eigentümerinnen und Eigentümer tun? Wie geht man geschickt

vor, um wieder Ruhe zu haben? Wie sinnvoll ist der Weg zum Gericht oder gibt es noch andere Möglichkeiten? Was genau ist „sozialadäquater" Kinderlärm? Beim Infoabend „Hilfe, mein Nachbar nervt! Hämmern, Bohren, Sägen und andere Geräuschquellen" am Dienstag, 30. April, 18 Uhr, im Bauzentrum München, Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West), sollen diese Fragen beantwortet werden. Juliana Helmstreit, Rechtsanwältin, Mediatorin und Schlichterin für Immobilien, ist eine erfahrene Spezialistin für Auseinandersetzungen rund ums Wohnen und Bauen. Der Vortrag findet anlässlich des 16. Tags gegen Lärm statt. Das Programm in der Landeshauptstadt München wird vom Gesundheitsladen München von April bis Juli mit Unterstützung des Referats für Gesundheit und Umwelt organisiert. Im Rahmen des Vortrags geht Juliana Helmstreit auf Fragen der Besucherinnen und Besucher ein. Der Eintritt ist frei. Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, Telefon 54 63 66-0, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 25. April 2013

Auswirkungen der UV-Schutzverordnung auf das Wellnessangebot der Landeshauptstadt München
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann und Ursula Sabathil (Freie Wähler) vom 11.3.2013

Kapelle im Hans-Sieber-Haus der MÜNCHENSTIFT gGmbH
Anfrage Stadtrat Josef Schmid (CSU) vom 13.3.2013

„München schaut hin" – die Stadt schaltet ab!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 10.1.2013

Rundfunkgebühren-Abzocke – München zahlt keinen Cent mehr als bisher!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 1.2.2013

Es wird immer bunter: illegale „Rumänen"-Unterkünfte auf Bahngelände
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 25.2.2013

Wer sind die ominösen „Trickbetrüger"?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 5.3.2013

Ungleiche Verteilung sozialer Wohltaten durch die LHM?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 17.3.2013

„München steht auf" – was kostet der Spaß den Steuerzahler?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 25.3.2013

Auswirkungen der UV-Schutzverordnung auf das Wellnessangebot der Landeshauptstadt München
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann und Ursula Sabathil (Freie Wähler) vom 11.3.2013

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 11.03.2013 führen Sie als Begründung aus:

„Die UV-Schutzverordnung des Bundesumweltministeriums sieht seit dem 1. November 2012 eine Anwesenheit für Fachpersonal während der Öffnungszeiten für Besucher von Sonnenstudios vor. Neben privaten Anbietern von Sonnenstudios sind auch die städtischen Hallenbäder in München von dieser Gesetzesänderung direkt betroffen. Wir sind von mehreren Benutzern städtischer Schwimmbäder darauf angesprochen worden, die das Fehlen der Solarien heftig bedauern, nicht, weil sie auf Bräune so gesteigerten Wert legen, sondern, weil gerade in den Wintermonaten eine kurze Benutzung von Solarien ihnen gesundheitliche Vorteile bringt, z.B. weil das Licht in den lichtarmen Monaten der Psyche und damit auch der physischen Befindlichkeit gut tut.“

Anhand einer Stellungnahme der Stadtwerke München GmbH (SWM) können Ihre Fragen wie folgt beantwortet werden:

Frage 1:
Wie viele der städtischen Hallenbäder in München mussten aufgrund dieser Gesetzesänderung ihren Sonnenstudio-Service einstellen?

Antwort der SWM:
Die Solarien sind in allen M-Bädern abgebaut worden.

Frage 2:
Welche Maßnahmen wurden seitens der Landeshauptstadt München ergriffen, um ihren Bürgerinnen und Bürgern weiterhin, unter professioneller Betreuung, den Zugang zu Sonnenstudios in städtischen Bädern zu ermöglichen?

Antwort:
Die neuen Rahmenbedingungen führen nach Mitteilung der SWM dazu, dass kein Solarienbetreiber bereit ist, in öffentlichen Einrichtungen wie Bä-

dern Solarien aufzustellen und den damit verbundenen personellen und organisatorischen Aufwand zu tragen.

Frage 3:
Wie viel würde es die Landeshauptstadt München kosten, Fachpersonal für die professionelle Betreuung von Sonnenstudios in städtischen Hallenbädern zu beschäftigen?

Antwort:
Die SWM haben mitgeteilt, dass eine eigene Betreuung der Solarien bei den langen Öffnungszeiten in den M-Bädern einen Personalbedarf von mindestens vier Personen pro Standort voraussetzt (3-Schicht-Betrieb plus eine Vertretung). Zudem waren die Solarieneinnahmen in den vergangenen Jahren stets rückläufig. Die Kosten für die Solarien inklusive Betreuung könnten daher über die Einnahmen bei weitem nicht gedeckt werden. Letztlich müssen Zusatzangebote in den M-Bädern, die über die kommunale Daseinsvorsorge hinausgehen, wirtschaftlich tragfähig sein.

Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit beantwortet werden konnten.

Kapelle im Hans-Sieber-Haus der MÜNCHENSTIFT gGmbH
Anfrage Stadtrat Josef Schmid (CSU) vom 13.3.2013

Antwort Sozialreferat:

In Ihrer Anfrage vom 13.03.2013 führen Sie im Wesentlichen Folgendes aus:

„Das Hans-Sieber-Haus der MÜNCHENSTIFT gGmbH muss voraussichtlich aufgrund des baulichen Zustandes abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden.
Dabei ist – nach Aussage der betroffenen Evangelisch-Lutherischen Epiphaniaskirche – geplant, die von mehreren Konfessionen genutzte Kapelle durch einen, räumlich viel kleineren, bekenntnisfreien Andachtsraum zu ersetzen.

Da die Nachfrage nach einem regelmäßigen Gottesdienstbesuch relativ konstant ist (ca. 20 evangelische und ca. 40 katholische Teilnehmer), ist es für die Kirchengemeinde nicht nachvollziehbar, dass dieses Angebot für die Seniorinnen und Senioren künftig entfallen soll.
In einem, für die bewegungseingeschränkten und auf Rollator oder Rollstuhl angewiesenen Bewohnerinnen und Bewohner viel zu kleinen, bekenntnisfreien Andachtsraum ist die Durchführung von evangelisch bzw. katholischen Gottesdiensten in bewährtem Umfang nicht mehr möglich.

Gerade für die Seniorinnen und Senioren ist oftmals der Glaube und das Praktizieren des Glaubens eine unverzichtbare Hilfe für die Bewältigung des Alltags und muss deshalb gefördert werden.“

Zu Ihrer Anfrage vom 13.03.2013 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Vorab möchte ich Ihnen einige Informationen zum Stand der Planung für das Hans-Sieber-Haus an der Manzostraße 105 in München-Allach geben, damit das geplante Vorgehen besser nachvollzogen werden kann.
Die MÜNCHENSTIFT GmbH, der Aufsichtsrat dieser städtischen Gesellschaft und die zu beteiligenden städtischen Referate beschäftigen sich seit ca. 1 ½ Jahren mit eventuellen Neubauplanungen für das Hans-Sieber-Haus.

Voraussetzung für einen Ersatzbau am Standort ist, dass das bisherige Gebäude zumindest weitestgehend bis zur Fertigstellung des Neubaus erhalten bleibt, damit die Bewohnerinnen und Bewohner zusammen mit dem bewährten und qualifizierten Pflegepersonal in den Neubau geschlossen umziehen können. Auf diese Weise können die Unannehmlichkeiten für die älteren Menschen so gering wie möglich gehalten werden. Vor allem kann aber das in der Landeshauptstadt München kaum mehr vorhandene qualifizierte Pflegepersonal gehalten werden.

Das bisherige Gebäude an der Manzostraße ist sehr verwinkelt und nimmt viel Fläche in Anspruch, so dass ein Neubau nur nördlich davon entstehen kann. Dort schließen aber unmittelbar geschützte Baum- und Grünflächen an.
Es bestand daher ein sehr intensiver Abstimmungsbedarf mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung, um überhaupt an diesem Standort und unter der o.g. Voraussetzung ein neues Pflegeheim platzieren zu können. Mitte Dezember 2012 wurde ein Antrag auf Vorbescheid zur Prüfung des Baurechts bei der Lokalbaukommission eingereicht und erst nach entsprechender Genehmigung, die aber noch offen ist, können weitere Planungen wieder aufgenommen werden.
Fakt ist, dass durch diese Vorgaben der Planung ein kleineres Haus als bisher entstehen und sich wohl das bisherige Angebot von 315 auf maximal 225 Plätze reduzieren muss.

Frage 1:
Ist es richtig, dass die Kapelle bei einem Neubau des Hans-Sieber-Hauses durch einen räumlich wesentlich kleineren Andachtsraum ersetzt werden soll?

Antwort:
Wie auch bei den beiden neu gebauten Häusern St. Maria Ramersdorf und dem Alfons-Hoffmann-Haus in München-Laim ist im möglichen Neubau des Hans-Sieber-Hauses ein kleinerer, überkonfessioneller und angemessen ausgestatteter Raum der Stille vorgesehen. Dieser Raum kann sowohl für kleinere Andachten, Gespräche mit Seelsorgerinnen und Seelsorgern, aber auch als ein Rückzugsraum für Momente der Einkehr und Ruhe für Mitarbeitende und Angehörige genutzt werden.
Wenn der Platz für größere Andachten nicht ausreicht, werden andere große Räume, vor allem die Gruppenräume in den einzelnen Wohnbereichen, vorübergehend für Gottesdienste umgestaltet.

Frage 2:
Ist dabei bedacht worden, dass diese Planungen an den Bedürfnissen der betagten Bewohnerinnen und Bewohner vorbeigehen könnten?

Antwort:
Viele gehbehinderte, pflegebedürftige Bewohnerinnen und Bewohner sind nicht mehr in der Lage, allein eine zum Teil weitab von ihren Zimmern gelegene Kapelle aufzusuchen und werden deshalb auch vom Gottesdienstbesuch abgehalten.
Erfahrungen bei den beiden genannten Neubauten haben gezeigt, dass die Gottesdienste in den Wohnbereichen gut angenommen werden, ebenso wie der Raum der Stille.

Frage 3:
Wie kann das Abhalten von regelmäßigen Gottesdiensten in bisherigem Umfang sichergestellt werden?

Antwort:
Auch ohne Kapelle können wie bisher in Zusammenarbeit mit den umliegenden Pfarreien regelmäßige Gottesdienste angeboten werden.

Frage 4:
Ist es möglich, eine Kapelle in der derzeitigen Größenordnung und Ausstattung in den Neubau zu integrieren?

Antwort:
Aufgrund der eingangs geschilderten räumlichen und planerischen Rahmenbedingungen ist es aufgrund des Bedarfs und der Nachfrage nicht vertretbar, zugunsten einer Kapelle der derzeitigen Größenordnung eine weitere Reduzierung des Platzangebots in Kauf zu nehmen.
Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich der Betrieb des Hans-Sieber-Hauses auch mit der verminderten Platzzahl künftig wirtschaftlich selbst tragen muss.

„München schaut hin“ – die Stadt schaltet ab!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 10.1.2013

Antwort Referat für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrem o.g. Antrag fordern Sie:
„Die Ausstrahlung des Kurzfilms ‚München schaut hin' auf Großbildschirmen in den Münchner U-Bahnhöfen und an anderen öffentlichen Orten wird unverzüglich eingestellt.“

Da es sich im vorliegenden Fall um eine Thematik aus dem operativen Geschäftsbereich der Stadtwerke München GmbH/Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (SWM/MVG) und somit um ein laufende Angelegenheit der Verwaltung (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO, § 22 GeschO) handelt, die nicht gemäß § 60 Abs. 9 GeschO im Stadtrat zu behandeln ist, erlaube ich mir, Ihren Antrag anstelle einer Stadtratsvorlage als Brief zu beantworten.

SWM/MVG haben hierzu mitgeteilt, dass der von Ihnen angesprochene Filmbeitrag wie geplant im Dezember 2012 auf den Infoscreen-Bildschirmen lief. Eine eventuelle, nochmalige Ausstrahlung wird Infoscreen – wie in der Regel bei allen gesendeten Spots – zu gegebener Zeit in eigener Zuständigkeit und alleiniger wirtschaftlicher Verantwortung entscheiden.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Rundfunkgebühren-Abzocke – München zahlt keinen Cent mehr als bisher!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 1.2.2013

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Ihr Antrag lautet: *„Der Stadtrat beschließt: die Landeshauptstadt München entrichtet auch nach der Neuregelung des Rundfunkbeitrags keine höheren Gebühren als bisher. Der Mittelansatz im Stadthaushalt wird nicht aufgestockt."*

Ihrem Antrag kann aus rechtlichen Gründen in dieser Form nicht entsprochen werden. Sollte die Stadt rechtlich zur Zahlung des neuen Rundfunkbeitrags verpflichtet sein, wäre der Stadtratsbeschluss rechtswidrig und könnte nicht umgesetzt werden. Auch wenn die Frage der Rechtmäßigkeit des Rundfunkbeitrags unter Umständen erst nach Abschluss eines länger dauernden Gerichtsverfahrens feststehen sollte, darf doch schon zum jetzigen Zeitpunkt kein Beschluss gefasst werden, wonach die Stadt die Entrichtung des neuen Rundfunkbeitrags ablehnt.

Derzeit laufen Gespräche zwischen den kommunalen Spitzenverbänden, der ARD und dem ZDF mit dem Ziel, die strukturellen und prozessualen Faktoren zu identifizieren, die zu nicht beabsichtigten finanziellen Belastungen durch die neue Rundfunkfinanzierung führen.
Zunächst sollten diese Gespräche abgewartet werden, bevor sich die Stadt zur Thematik des Rundfunkbeitrags abschließend positioniert.

Von den vorstehenden Ausführungen bitte ich Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Es wird immer bunter: illegale „Rumänen"-Unterkünfte auf Bahngelände
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 25.2.2013

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre Anfrage vom 25.02.2013 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Ude in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

Ihrer Anfrage schicken Sie folgenden Sachverhalt voraus:

„Mit Erstaunen nimmt die Öffentlichkeit zur Kenntnis, dass in stillgelegten Kohlebunkern der Deutschen Bahn in Berg am Laim 26 ‚Rumänen' für geraume Zeit ein illegales Wohn- und Schlaflager einrichten und dort hausen konnten. Die Polizei habe schließlich, durch Hinweise aus der Bevölkerung aufmerksam geworden, das Lager aufgelöst. Gegen die Bewohner seien Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs ergangen. – Der Fall legt weitergehende Fragen nahe."

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen können wir Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Wie lange hielten sich die 26 „Rumänen" illegal auf dem ehemaligen Bahngelände im Münchener Osten auf, ehe die Bundespolizei dem Treiben ein Ende machte?

Frage 2:
Gab es innerhalb des letzten Jahres ggf. bereits weitere Fälle illegaler Quartiernahme durch „Rumänen" auf Terrain oder in Einrichtungen der Deutschen Bahn?

Frage 3:
Wie hat sich die Situation des ebenfalls von „Rumänen" unterhaltenen „Schrott-Friedhofs" unter der Donnersberger Brücke inzwischen entwikkelt (dies vor dem Hintergrund gefragt, dass eine diesbezügliche Anfrage des Fragestellers – Nr. 08-14/F01397 vom 08.11. ohne dokumentierte Fristverlängerung noch immer unbeantwortet ist)?

Frage 4:
Ist bei den 26 in den Berg am Laimer Kohlebunkern Aufgegriffenen ggf. Diebesgut festgestellt worden?

Antwort des Kreisverwaltungsreferates zu den Fragen 1 - 4:
Die von Ihnen gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums München und der Deutschen Bahn AG fallen. Mangels eigener Zuständigkeit des Kreisverwaltungsreferates kann eine Beantwortung Ihrer Fragen nur durch das Polizeipräsidium München bzw. die Bundespolizei und die Deutsche Bahn AG vorgenommen werden.

Wer sind die ominösen „Trickbetrüger"?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 5.3.2013

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre Anfrage vom 05.03.2013 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Ude in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

Ihrer Anfrage schicken Sie folgenden Sachverhalt voraus:

„Aktuellen Berichten der Lokalpresse zufolge werden in München tätige Trickbetrüger ‚immer cleverer – und spannen jetzt schon Senioren für ihre Zwecke ein"'(zit. nach: http://www.tz-online.de/aktuelles/muenchen/betrueger-schicken-schon-senioren-2778245.html). Die Annahme ist naheliegend, dass es sich auch bei diesen Delikten um eine Form importierter Kriminalität handelt, weist der ‚Sicherheitsreport 2011' der Münchner Polizei doch für einschlägige Deliktsparten wie Straßenkriminalität einen Anteil an ‚nichtdeutschen Tatverdächtigen' in Höhe von 45,9% aus, für Straßendiebstahl von 50,2% und für Straßenraub gar von 55,7%. Hier sollte die Stadt durch Information das an Transparenz leisten, was die Lokalmedien offenbar nicht können. – Es ergeben sich Fragen."

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen können wir Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Welche Kenntnis hat die LHM darüber, ob und welcher „Migrationshintergrund" bei den in jüngerer Zeit durch besondere Raffinesse im Münchner Stadtgebiet in Erscheinung tretenden „Trickbetrügern" gegeben ist?

Frage 2:
Welche Informationen hat die Stadt darüber, wie sich Aktivitäten und Auffälligkeit von „Trickdieben" in München in den letzten zwei Jahren entwikkelt haben?

Frage 3:
Inwiefern kann die LHM einen Zusammenhang zur verstärkten Zuwanderung von sogenannten „Armutsflüchtlingen" erkennen, bei denen es sich in der Regel um Angehörige von Roma- und Sinti-Minderheiten aus Südosteuropa handelt?

Antwort des Kreisverwaltungsreferates zu den Fragen 1 - 3:
Die von Ihnen gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums München fallen. Mangels eigener Zuständigkeit des Kreisverwaltungsreferates kann eine Beantwortung Ihrer Fragen nur durch das Polizeipräsidium München vorgenommen werden.

Ungleiche Verteilung sozialer Wohltaten durch die LHM?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 17.3.2013

Antwort Sozialreferat:

In Ihrer Anfrage vom 17.03.2013 führen Sie Folgendes aus:

„Die Münchner ‚Abendzeitung' berichtete dieser Tage über den erschütternden Fall eines 52jährigen Münchners, der, letztes Jahr aus der JVA Bernau entlassen, seither ohne Obdach in München lebt. Für eine von der LHM vermittelte Unterkunft in einem Männerwohnheim hätte der Mann die 450 Euro Miete sofort bezahlen müssen, das Amt für ‚Wohnen und Migration' sah sich nicht imstande, die fehlenden 200 Euro vorzustrecken (Quelle: http://www.abendzeitung-muenchen.de/ inhalt.muenchenobdachloser-ich-lebe-in-der-s-bahn.3878ddf8-29fa-49dc-977e-6096d73afcf5.html; abgerufen: 17.03.2013, 0.30 Uhr). – Solche Fälle stehen in eigentümlichem Kontrast etwa zu Berichten über jenen 19jährigen Somalier, der, 2010 über Moskau und Rumänien nach München gelangt, trotz Minderjährigkeit von der Stadt eine Sozialwohnung zur alleinigen Nutzung im relativ gehobenen Ambiente der Müllerstraße zugewiesen bekam (vgl. Anfrage der BIA vom 14.03.2013). – Hier drängen sich Fragen auf."

Zu Ihrer Anfrage vom 17.03.2013 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Wie konnte es geschehen, dass der Mann von der LHM keine Notunterkunft und keine Sozialwohnung zugewiesen bekam?

Antwort:
Herr A. hat von der Landeshauptstadt München, wie alle anderen obdachlos werdenden Münchner Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Möglichkeiten eine Notunterbringung angeboten bekommen. Er wollte diese Angebote letztlich aber nicht annehmen.
Die Voraussetzungen für die Registrierung für eine Sozialbauwohnung lagen nicht vor.

Frage 2:
Warum kam es nicht zur vorläufigen darlehensweisen Gewährung von 200 Euro bis zur endgültigen Klärung des Falles, um wenigstens die Obdachlosigkeit zu vermeiden?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 3:
Welche stadtseitige Unterstützung erfolgte in dem Fall durch einen Bewährungshelfer, die Strafgefangenenhilfe o.ä.? Wenn nicht, warum nicht?

Antwort:
Für eine im Einzelfall gegebenenfalls notwendige Bewährungshilfe ist der Freistaat Bayern zuständig. Eine Aussage hierzu ist von Seiten der Landeshauptstadt München nicht möglich.

„München steht auf" – was kostet der Spaß den Steuerzahler?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 25.3.2013

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Auf Ihre Anfrage vom 25.03.2013 nehme ich Bezug. In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Unter dem Motto ‚München steht auf' fand am Samstag, 23.03.2013, auf dem Marienplatz eine von der städtischen ‚Fachstelle gegen Rechtsextremismus' initiierte Kundgebung statt, deren Teilnehmer sich u.a. gegen ‚Rassismus' und ‚Rechtsextremismus' bekennen sollten. An der Veranstaltung nahmen mit rund 400 Besuchern weit weniger Menschen teil, als von den Veranstaltern geplant waren und beim KVR angemeldet wurden; mehrere Musikgruppen traten auf, eine Bühne wurde eigens errichtet – viel Aufwand für vergleichsweise wenig Zuspruch. – Es stellen sich Fragen."

Ihre Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Frage 1:
Mit welchen Kosten aus den städtischen Budgets wurde die genannte Veranstaltung von der LHM gefördert – zu denken ist insbesondere an Musikerhonorare, Verwaltungsaufwand, Veranstaltungstechnik etc.?

Antwort:
Es handelte sich bei „München steht auf!" um eine ortsgebundene Versammlung des Vereins „München ist bunt e.V.". Die Veranstaltung fand mit Unterstützung des Ausländerbeirats München statt. Eine Abrechnung hat noch nicht stattgefunden. Für das kulturelle und gesellschaftspolitische Programm wurde durch das Kulturreferat die Veranstaltungstechnik gegen Gebühren überlassen.

Frage 2:
Wie bewertet die „Fachstelle gegen Rechtsextremismus" den Erfolg der Veranstaltung, insbesondere was die Resonanz bei der Münchner Bevölkerung angeht? Sind Folgeveranstaltungen geplant, evtl. mit einem anderen, zugkräftigeren Konzept?

Antwort:
Diese Veranstaltung mit bis zu 1.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wird als voller Erfolg bewertet.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 25. April 2013

CO2-Emissionshandel wirksam gestalten
Antrag Stadtrats-Mitglieder Constantinos Gianacacos und Heide Rieke (SPD)

Zu viele Bürger für das Büro? Bürgerbüro in Fürstenried Ost muss erhalten bleiben!
Antrag Stadträtin Dr. Manuela Olhausen (CSU)

Luxussanierung im Erhaltungssatzungsgebiet Arcisstraße 57
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Herbert Danner, Gülseren Demirel und Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen)

Die Stadt unterstützt den BA 19: Macht das Asylbewerberheim in der Baierbrunner Straße 14 endlich dicht!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister Ude
Rathaus

Heide Rieke
Constantinos Gianacacos
Stadtratsmitglieder

München, 25.04.2013

CO2-Emissionshandel wirksam gestalten

Antrag

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München wird gebeten, sich gegenüber dem Europäischen Parlament, der Bundesregierung und Bayerischen Staatsregierung dafür einzusetzen, dass der Handel mit CO2-Emissionszertifikaten als marktwirtschaftliches Mittel zur Bekämpfung des Klimawandels eingesetzt und wirksam gestaltet wird.

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München wird darüber hinaus gebeten, sich auch im Deutschen Städtetag und bei Münchens europäischen Partnerstädten für entsprechende Initiativen einzusetzen.

Der Münchner Stadtrat appelliert an das Europäische Parlament, den CO2-Handel zumindest entsprechend den Vorschlägen der EU-Kommission wieder wirksam zu machen, indem überflüssige CO2-Zertifikate vom Markt genommen werden.

Begründung:

Das Europäische Parlament hat mehrheitlich die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Reform des Emissionshandels gestoppt, die auf eine Verknappung der Zertifikate und damit eine Verteuerung von CO2-Emissionen abzielte. Damit geht dem Europäischen Klimaschutz ein zentrales Instrument verloren, das einen wichtigen Anreiz für Unternehmen bietet, in Produktion und Betrieb Sanierungen zur Reduktion des CO2-Ausstoßes durchzuführen, die sich auch wirtschaftlich rechnen. „Verschmutzungsrechte“, die für wenig Geld zu haben sind, stoppen den Prozess eines klimaschonenden Umbaus und bestrafen diejenigen Unternehmen, die sich verantwortungsvoll mit teils großen Investitionen an der gemeinschaftlichen Aufgabe des Klimaschutzes beteiligen.

Diese Haltung der Mehrheit im Europäischen Parlament ist auch für Kommunen und Bürgerinnen und Bürger ein Schlag ins Gesicht, bedenkt man die vielfältigen Bemühungen und finanziellen Belastungen, die Kommunen und Verbraucherinnen und Verbraucher für den allen zugute kommenden Klimaschutz auf sich nehmen.

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Hier nur einige Beispiele:

- Die Landeshauptstadt München hat im Dezember ihr Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz IHKM) mit gut 63 Mio Euro für 2013/14 mehr als verdoppelt.
- Mit dem Förderprogramm Energieeinsparung stehen 14 Mio Euro pro Jahr an städtischen Fördermitteln für energetische Wohngebäudesanierung bzw. energiereduzierte Neubauvorhaben zur Verfügung.
- Im Programm ÖKOPROFIT engagieren sich mittlerweile mehr als 200 Münchner Unternehmen mit betrieblichen Maßnahmen für mehr Umwelt- und Klimaschutz.
- Mit der Leitlinie Klimaschutz und Klimawandel der "Perspektive München" bereitet die Stadtverwaltung Strategien und konkrete Projekte vor, um ihren ambitionierten Klimaschutzzielen - 50 % CO2-Einsparung bis 2030 - gerecht zu werden, gleichzeitig aber auch der Stadt eine Anpassung an den Klimawandel zu ermöglichen.
- Die Stadtwerke München (SWM) sorgen mit einem Investitionsvolumen von 9 Milliarden Euro dafür, dass der gesamte Strombedarf Münchens bis 2025 aus erneuerbaren Energien in eigenen Anlagen produziert wird.
- Bis 2040 soll auch der Fernwärmebedarf regenerativ - vorwiegend aus Geothermie - gedeckt werden. Dabei ist zu beachten, dass schon jetzt aufgrund der Nutzung der Wärme-Kraft-Kopplung die Fernwärme ein hervorragendes Klimaschutzprojekt ist.

Die Bekämpfung des Klimawandels und die Wende hin zur Nutzung erneuerbarer Energien können nur gelingen, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen und an den Kosten gerecht beteiligt sind.

gez.	gez.
Heide Rieke	Constantinos Gianacacos
Stadträtin	Stadtrat

CSU
Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadträtin
Dr. Manuela Olhausen

ANTRAG

25.04.2013

Zu viele Bürger für das Büro? Bürgerbüro in Fürstenried Ost muss erhalten bleiben!

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Bürgerbüro an der Forstenrieder Allee (Stadtteilzentrum Fürstenried Ost) bleibt erhalten und wird den zukünftigen Anforderungen und der wachsenden Nachfrage angepasst. Dementsprechend soll geprüft werden, welche neuen größeren Räumlichkeiten in unmittelbarer Nähe für das Bürgerbüro genutzt werden können.

Begründung:
Das Kreisverwaltungsreferat plant offenkundig die Schließung des Bürgerbüros an der Forstenrieder Allee im Stadtteilzentrum Fürstenried Ost, auch weil es dem Bürgeransturm nicht mehr gerecht wird. Denn die Bürgerbüros sind nach Aussage des KVR die mit Abstand am meisten frequentierten Dienststellen des Referates. Im Münchner Süden schätzen die Bürger ihr Büro auch sehr: das Bürgerbüro erfreut sich einer konstant steigenden Nachfrage. Das Bürgerbüro Forstenrieder Allee besuchen derzeit pro Jahr rund **47.000 Kunden**, wobei die Besucher-Zahl zwischen 2008 bis 2011 auch noch um knapp **15 Prozent** gestiegen ist. Durch die vielen Baumaßnahmen im 19. Stadtbezirk rechnet der Bezirksausschuss zudem mit einem weiteren Zuwachs der Besucherzahlen. Dementsprechend seien die bestehenden Räumlichkeiten auch nicht mehr ausreichend und passend für die Nachfrage.

Doch statt nach geeigneten Alternativen vor Ort zu suchen, sollen die Bürger nach dem Willen des KVR nun weite Wege auf sich nehmen. Wer beispielsweise einen neuen Pass oder einen neuen Personalausweis benötigt, soll dafür nun zukünftig bis in das Kreisverwaltungsreferat in der Ruppertstraße fahren müssen. Dabei verfügt das Bürgerbüro im Münchner Süden über eine herausragende Verkehrsanbindung und sorgt für eine gute Erschließung der Stadtbezirke Sendling-Westpark, Thalkirchen, Obersendling, Forstenried, Fürstenried, Solln und Hadern. Außerdem gibt es hier neben dem Bürgerbüro eine Vielzahl von öffentlichen Einrichtungen: Stadtbibliothek, Volkshochschule, Bürgersaal, Bürger-

treff, ASZ, Poststelle und Jugendtreff. Zusätzlich findet man hier Praxen, Geschäfte, ein Kaufhaus und Gaststätten.

Die Bürgerfreundlichkeit und die Bürgernähe sowie die große Bedeutung dieses Bürgerbüros für den Münchner Süden im Stadtteilzentrum Fürstenried Ost müssen hier unbedingt schwerer wiegen, als die Vorteile einer Schließung und Zusammenlegung. Dementsprechend muss das Bürgerbüro am bisherigen Standort oder in größeren Räumlichkeiten in unmittelbarer Nähe erhalten bleiben.

gez.
Dr. Manuela Olhausen
Stadträtin

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 25.04.2013

Anfrage

Luxussanierung im Erhaltungssatzungsgebiet Arcisstr. 57

Das Mietshaus Arcisstr. 57 wurde von einem Investor erworben. Es wurde bereits entmietet und in Eigentumswohnungen umgewandelt, die derzeit zum Kauf angeboten werden. Das Mietshaus im Vordergebäude steht längerer Zeit leer.
Das Anwesen liegt **im Erhaltungssatzgebiet** „Georgenstraße/Zentnerstraße/ Josephsplatz".

Bereits der Prospekt zum Bauvorhaben lässt eine gewisse Exklusivität erkennen und eine Luxussanierung erwarten. Die Wohnungen im Altbau werden aktuell zu einem Preis von 8.600,00 Euro – 10.500,00 Euro/qm zum Verkauf angeboten. Die beiden Dachgeschosswohnungen im Altbau (185,34 qm und 232,30 qm) werden zu einem Preis von 12.800,00 Euro/qm angeboten.
Umwandlungen wie in der Arcisstr. 57 erfolgt, verändern die Strukturen der Maxvorstadt. Die Vertreibung der angestammten Bevölkerung durch Luxussanierung und überhöhte Mieten wird durch solche Luxussanierungen befördert. Zusätzlich wird der in München geltende Mietspiegel durch Objekte wie diese, entsprechend in die Höhe getrieben. Obwohl die städtischen Erhaltungssatzungen gerade die Sozialstrukturen des Viertels schützen sollen, ist das hier nicht geschehen. Das wirft die Frage auf, wann greift die Erhaltungssatzung eigentlich noch und was muss sich ändern, dass dieses Instrument wirksamer wird.

Deshalb fragen wir:

1. **Warum hat das wohnungspolitische Instrument der Erhaltungssatzung im Objekt Arcisstr. 57 nicht gewirkt? Warum konnte das Haus vollständig entmietet werden?**
2. **Wurde die Entmietung des Anwesens bei der Genehmigung billigend in Kauf genommen?**
3. **Welche Gründe gab es, die Abrissgenehmigung des bestehenden 3-stöckigen Wohnhauses mit 5-6 Wohneinheiten im Rückgebäude zu erteilen?**
4. **Warum konnten die Mieter durch das städtische Vorkaufsrecht nicht vor Luxussanierung und Entmietung geschützt werden?**
5. **Wie hoch war damals der durchschnittliche Mietpreis? Wie hoch die Ausübungsschwelle in diesem Erhaltungssatzungsgebiet?**

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

6. **Lag der Genehmigungsbehörde der Verkaufsprospekt vor?**
7. **Wie konnten Wohnungen deutlich über 130 qm genehmigt werden, obwohl das in Erhaltungssatzungsgebieten nicht genehmigungsfähig ist?**
8. **Welchen Einfluss hat die Stadt in Erhaltungssatzungsgebieten auf die Größe und die Ausstattung der Wohnungen bei Sanierung und Neubau?**
9. **Die Umbau- und Neubaumaßnahmen sind erst am Anfang. Gibt es in diesem Stadium noch Korrekturmöglichkeiten?**

Initiative:
Sabine Krieger
Gülseren Demirel
Herbert Danner

Mitglieder des Stadtrates

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
25.04.2013

Die Stadt unterstützt den BA 19: Macht das Asylbewerberheim in der Baierbrunner Straße 14 endlich dicht!

Ich beantrage:

Der Stadtrat beschließt: Die LHM, vertreten durch den Oberbürgermeister, wird bei der Regierung von Oberbayern vorstellig, um eine Beendigung des Mietverhältnisses der Asylbewerber-Erstunterkunft in der Baierbrunner Straße 14 zu erwirken.

Begründung:

Die Asylbewerber-Erstunterkunft in der Baierbrunner Straße 14 ist seit langem ein Stein des Anstoßes. Die chronische Überbelegung der Einrichtung wird nicht nur von den betroffenen Anwohnern als Belästigung empfunden. Auch die von der Regierung von Oberbayern gerichtlich erwirkte Verlängerung des Betriebes bis April 2014 oder später sorgt bei Anwohnern und Bezirksausschuß unverändert für Unmut.

Nachdem die BIA bereits im September 2012 in einem Antrag die unverzügliche Schließung der Massenunterkunft gefordert hatte (Antr Nr. 08-14 / A 03629: „Anwohnersorgen ernstnehmen – Asylbewerberheim in der Baierbrunner Straße dichtmachen!“), machte sich jetzt auch der BA 19 das Anliegen zueigen und drängt bei der Regierung von Oberbayern auf eine Beendigung des Mietverhältnisses im April 2014. Weder eine Mietverlängerung noch eine unbefristete Nutzung als Erstunterbringung „sei zu dulden“, zitiert die Lokalpresse den BA-Vorsitzenden (Quelle: http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.debatte-im-viertel-politiker-fordern-aus-fuer-asylbewerberheim.24a1efd9-e866-4338-8ebc-e6f1b9ec8b55.html).

Die Stadt wäre gut beraten, sich die Sorgen der Anwohner der in Rede stehenden Asylbewerber-Massenunterkunft endlich zueigen zu machen und den Bezirksausschuß 19 in seiner Forderung an die Regierung von Oberbayern mit Nachdruck zu unterstützen, das problematische Objekt endlich dichtzumachen und die Nutzung als Asylbewerberheim zu beenden. *b.w.*

Hierzu empfiehlt es sich, daß der Stadtrat den Oberbürgermeister mit einer mehrheitlich beschlossenen Ermächtigung ausstattet und beauftragt, bei der Regierung von Oberbayern im Sinne des BA 19 vorstellig zu werden. Stadtrat und OB könnten so ein erfreuliches Zeichen ihrer längst überfälligen Solidarität mit der einheimischen Wohnbevölkerung im Stadtviertel setzen, das sicher nicht nur im Bezirksausschuß ein positives Echo fände.

Karl Richter
Stadtrat

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 25. April 2013

Terminabsage
Pressemitteilung SWM

Terminhinweis (Wiederholung)
Pressemitteilung SWM

Nach FlexStrom kann nun auch FlexGas seine Kunden nicht mehr beliefern – SWM stellen Versorgung sicher
Pressemitteilung SWM

Neuer Aufzug am U-Bahnhof Hauptbahnhof
Pressemitteilung MVG

Achtung Redaktionen: Terminabsage!

Der für Freitag (26. April, 17 Uhr) geplante Besuch des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, im Heizkraftwerk Süd in München wurde abgesagt. Dr. Rösler hat für morgen eine kurzfristige Verpflichtung für das Plenum des Bundestags erhalten und kann daher den Termin nicht wahrnehmen.

Sobald ein Ersatztermin feststeht, informieren wir Sie darüber.

Herausgeber: Stadtwerke München GmbH • Emmy-Noether-Straße 2 • 80992 München • www.swm.de
Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Bettina Hess
Telefon: 0 89/23 61-50 42 • Telefax: 0 89/23 61-51 49 • E-Mail: presse@swm.de

(Wiederholung)

Achtung Redaktionen: Terminhinweis!

Freitag, 26. April 2013, 10 Uhr, Prinzregentenbad, Prinzregentenstraße 80

Auch wenn man es angesichts des zurückliegenden langen und dunklen Winters noch nicht glauben mag: Die Freibadsaison 2013 steht unmittelbar vor der Tür. Am 1. Mai öffnen mit dem Schyrenbad und dem Prinzregentenbad die ersten Freibäder der SWM. Die Vorbereitungen laufen bereits seit Wochen auf Hochtouren.

Auf dem Prinzestrand erläutert SWM Bäderchefin Christine Kugler, was die Besucher diesen Sommer in den M-Bädern erwartet.

Hinweis: Bei sehr schlechtem Wetter findet die Pressekonferenz im Restaurant „Aquamarin“ im Prinzregentenbad statt.

Anfahrt Prinzregentenbad: Prinzregentenstraße 80;
U4 / MetroBus 54 / StadtBus 100 „Prinzregentenplatz“,
Tram 16 „Friedensengel/Villa Stuck“

Herausgeber: Stadtwerke München GmbH • Emmy-Noether-Straße 2 • 80992 München • www.swm.de
Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Bettina Hess
Telefon: 0 89/23 61-50 42 • Telefax: 0 89/23 61-51 49 • E-Mail: presse@swm.de

(teilweise voraus)

Nach FlexStrom kann nun auch FlexGas seine Kunden nicht mehr beliefern – SWM stellen Versorgung sicher

(25.4.2013) Wie schon die Kunden der FlexStrom-Gruppe können nun auch die Kunden von FlexGas in den Netzgebieten der SWM nicht mehr von Ihrem Anbieter mit Energie beliefert werden. Die Belieferung der Gaskunden endete am 25. April, 6 Uhr morgens.

Betroffene Kunden müssen sich aber keine Sorgen machen. Sie werden von den SWM im Rahmen der Grundversorgung/ Ersatzversorgung entsprechend der gesetzlichen Regelungen des Energiewirtschaftsgesetzes weiterhin mit Energie beliefert. Hierüber informieren die SWM die Kunden persönlich und unterbreiten ihnen günstige und ökologische Erdgasangebote.

Herausgeber: Stadtwerke München GmbH • Emmy-Noether-Straße 2 • 80992 München • www.swm.de
Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Bettina Hess
Telefon: 0 89/23 61-50 42 • Telefax: 0 89/23 61-51 49 • E-Mail: presse@swm.de

25.4.2013

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
MVG
80287 München
www.mvg-mobil.de

Verantwortlich für
Inhalt und Redaktion:
Bettina Hess
Telefon:
089.2361-5042
Fax:
089.2361-5149
email:
hess.bettina@swm.de

Neuer Aufzug am U-Bahnhof Hauptbahnhof

Am U-Bahnhof Hauptbahnhof steht ab sofort ein neuer MVG-Aufzug zur Verfügung. Er verbindet das Zwischengeschoss unter dem Bahnhofplatz mit der darüber liegenden Straßenbahn-Haltestelle (östlicher Bahnsteig, Züge der Linien 16, 17, 19, 20, 21, 22 in Fahrtrichtung Norden). Seine genaue Lage zeigt www.mvg-zoom.de (Kürzel: HU06).

Der zusätzliche Lift verbessert insbesondere die Zugangsmöglichkeiten für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste. Er wurde als moderner Glasaufzug hergestellt und sorgt mit seiner Transparenz für ein hohes Sicherheitsgefühl der Fahrgäste. Zudem ist er schneller als Aufzüge älterer Bauart, leichter zu bedienen und sparsamer im Energieverbrauch.

Herbert König, Vorsitzender der MVG-Geschäftsführung: „Durch einen entsprechenden Ausbau der Tramhaltestelle am Hauptbahnhof konnten wir nicht nur den Bahnsteig so verlängern, dass nun zwei lange Tramzüge gleichzeitig halten können, sondern auch Platz für diesen neuen Aufzug schaffen. Das freut mich deshalb besonders, weil gerade am Hauptbahnhof ein besonders reger Umsteigeverkehr zwischen U-Bahn, S-Bahn und Tram besteht. Für alle diese Umsteiger steht nun mit diesem Aufzug eine bequeme, barrierefreie Verbindung zwischen Verteilergeschoss und Tramhaltestelle zur Verfügung; dies ist deshalb ein weiterer wichtiger Baustein auf dem Weg zum vollständig barrierefreien Nahverkehr.“

Insgesamt betreiben SWM/MVG am Hauptbahnhof sieben Aufzüge, die alle stark frequentiert sind (bis zu 1.000 Fahrten pro Tag). Sämtliche 100 Münchner U-Bahnhöfe sind barrierefrei erreichbar, was europaweit einmalig ist. Trotz hoher Beanspruchung der Anlagen liegt die Verfügbarkeit

bei über 95 Prozent. Über den Betriebszustand der Aufzüge informiert www.mvg-zoom.de, seit Kurzem sogar in Echtzeit. Die Lifte melden ihren Status automatisch und minutenaktuell an den Online-Service und erleichtern damit die Reiseplanung (vgl. MVG-Pressemitteilung vom 3. April 2013).